

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 18./März 1959

Blatt 458

Aufnahmsprüfungen an den Bundes-Lehrer- und

Lehrerinnenbildungsanstalten

18. März (RK) In die 1. Jahrgänge der Bundes-Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten in Wien werden für das Schuljahr 1959/60 geeignete Schüler und Schülerinnen aufgenommen. Voraussetzung ist neben der geistigen und körperlichen Eignung das Zeugnis über die 4. Hauptschulklasse oder 4. Mittelschulklasse oder die 8. Schulstufe der Volksschule.

Die gestempelten Gesuche sind bis längstens 12. Juni bei den Anstaltsdirektionen Wien 1, Hegelgasse 14 (Mädchen), Wien 1, Hegelgasse 12 (Knaben), oder Wien 3, Kundmangasse 20 (Knaben), einzureichen. Beizulegen sind die standesamtliche Geburtsurkunde, der Nachweis der österreichischen Staatsbürgerschaft, ein amtsärztliches Zeugnis und das letzte Schulzeugnis.

Die Aufnahmsprüfungen finden am 22. und 23. Juni statt. Nähere Einzelheiten werden den Bewerbern bei der Anmeldung bekanntgegeben.

- - -

Bessere Schulerfolge der Mädchen
=====

18. März (RK) Soeben ist das vierte Heft der "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien" erschienen. Es bringt statistische Daten für den Zeitraum vom Oktober bis Dezember des Jahres 1958. Eine eingehende Untersuchung ist den Volks-, Haupt- und Sonderschulen Wiens im Schuljahr 1958/59 gewidmet. Daraus geht hervor, daß 96 Prozent der Wiener Pflichtschüler das vergangene Schuljahr erfolgreich abschlossen. Nur vier Prozent der Kinder "blieben sitzen". Die Mädchen weisen im Durchschnitt bessere Schulerfolge auf: Bloß drei Prozent von ihnen mußten eine Klasse wiederholen, wogegen von den Knaben fünf Prozent das Lehrziel nicht erreichten. Zur "Entschuldigung" der Buben ist allerdings darauf hinzuweisen, daß bei ihnen der Abgang der Schüler mit höherem Leistungsniveau von der Volks- an die Mittelschule in größerem Ausmaß erfolgt als bei den Mädchen. Nahezu ein Drittel der Knaben tritt in die Mittelschule über, wogegen von den Mädchen nur etwas über ein Fünftel diesen Bildungsgang wählt.

Von den mehr als 17.000 Schülern, die im Vorjahr die Pflichtschulen verließen, kamen 81 Prozent von der letzten Schulstufe. Auch hier sind die Mädchen den Knaben voran, denn 86 Prozent von ihnen erreichten die höchste Klasse, während nur 76 Prozent der männlichen Jugendlichen sich so weit durcharbeiteten. Im heurigen Schuljahr ist mit einer wesentlich niedrigeren Zahl von Schulabgängern, etwa 14.000, zu rechnen, da die Angehörigen des bereits schwächer besetzten Geburtsjahrganges 1945 schulmündig werden.

- - -

75. Geburtstag von Philipp Frank
=====

18. März (RK) Am 20. März vollendet der Physiker Univ.Prof. Dr. Philipp Frank, einer der letzten Schüler Ludwig Boltzmanns, in Amerika das 75. Lebensjahr.

In Wien geboren, studierte er an der Wiener Universität Mathematik und Physik und habilitierte sich daselbst 1910 für theoretische Physik. Zwei Jahre später übernahm er als Nachfolger Albert Einsteins den Lehrstuhl für theoretische Physik an der Deutschen Universität in Prag und verblieb in diesem Wirkungskreis ohne Unterbrechung bis zum Jahre 1939, in dem er durch den Einmarsch der Nationalsozialisten zur Auswanderung gezwungen wurde. Er ging nach Amerika und wurde Professor an der Harvard Universität. Seine Arbeitsfelder sind die Grenzgebiete zwischen Physik und Erkenntnislehre sowie zwischen Physik und Mathematik. Mit dem Österreicher Richard Mises gab Frank das Standardwerk "Differential- und Integralgleichungen der Mechanik und Physik" heraus. Seine bekannteste Arbeit "Das Kausalgesetz und seine Grenzen" wurde ins Englische, Französische und Tschechische übersetzt. Philipp Frank ist auch einer der besten Kenner der speziellen und allgemeinen Relativitätstheorie. Sein Buch über Albert Einstein ist eine ausgezeichnete Biographie und zugleich eine vorzügliche Darstellung der Gedankenwelt des großen Forschers.

Bürgermeister Franz Jonas und Stadtrat Hans Mandl haben dem Gelehrten herzliche Glückwünsche entboten.

- - -

10,8 Millionen S für den Ausbau der Straßenbeleuchtung
=====Felberstraße bekommt eine Verkehrslichtsignalanlage

18. März (RK) Das derzeit aus fast 80.000 Lampen bestehende Lichternetz der öffentlichen Beleuchtung wird in den kommenden Monaten in vielen Straßen des Wiener Stadtgebietes erweitert oder modernisiert werden. Der zuständige Gemeinderatsausschuß VII hat soeben 10,8 Millionen Schilling für die Durchführung dieser Arbeiten genehmigt. Rund drei Millionen Schilling werden für die Errichtung neuer Lichtstellen und den Umbau älterer Lichtanlagen verwendet. Für den Ankauf von Glüh-, Gasentladungs- und Leuchtstofflampen sowie von Leuchten und Masten wurden 5,2 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Weitere zwei Millionen Schilling sind für die Elektrifizierung der öffentlichen Gasbeleuchtung bestimmt. Im Laufe des Sommers werden mehrere zwar romantische aber im Betrieb kostspielige "Gasinseln" in der Inneren Stadt und im 2. Bezirk sowie in den Randgebieten der Außenbezirke durch die viel billigeren elektrischen Lichtstellen ersetzt. Gegenwärtig gibt es in Wien noch 4.653 Gaslampen.

In einigen Ausfallstraßen, so in der äußeren Simmeringer Hauptstraße und in der äußeren Triester Straße, wird die jetzige Beleuchtung auf Natriumdampflicht umgebaut werden. Für Umschaltungen von Gleich- auf Drehstrom wurden 500.000 Schilling, für den Betrieb und die Instandhaltung der insgesamt 162 öffentlichen Uhren 160.000 Schilling bereitgestellt.

Ferner genehmigte der Ausschuß die Errichtung einer modernen automatischen Verkehrslichtsignalanlage über der stark frequentierten Kreuzung Felberstraße - Linzer Straße - Johnstraße - Schloßallee.

Neue Wiener Wohnbauaktion
=====Erst Merkblatt lesen, dann einreichen

18. März (RK) Die Neue Wiener Wohnbauaktion hat in der Wiener Bevölkerung das erwartete rege Interesse gefunden. Obwohl die Aktion erst vor wenigen Tagen angelaufen ist, ist die Nachfrage nach den Merkblättern, aus denen die näheren Bedingungen dieser Förderung ersichtlich sind, sehr stark. Merkblätter und Einreichformulare stehen bei der Stadthauptkasse im Rathaus in genügender Anzahl zur Verfügung. Es wird aber den Interessenten empfohlen, sich zunächst nur ein Merkblatt und die Einreichformulare erst dann zu besorgen, nachdem sie sich entschlossen haben, diese Förderung auch tatsächlich anzustreben. Da zur Zeit Geldmittel zur Förderung des Baues von 10.000 Wohnungen vorhanden sind, besteht kein Anlaß, die Förderungsansuchen übereilt einzubringen.

- - -

Freie Arztstelle
=====

18. März (RK) In der Wiener städtischen Krankenanstalt Wilhelminenspital ist die Stelle eines Facharztes für Anästhesiologie, ausgeschrieben.

Bewerbungsgesuche müssen bis spätestens 15. April bei der Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, 1, Gonzagagasse 23, abgegeben werden.

- - -

Pferdemarkt vom 17. März

=====

18. März (RK) Aufgetrieben wurden 127 Pferde, davon 13 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 100, als Nutztiere 25 verkauft, unverkauft blieben 2 Stück.

Preise: Schlachttiere: Fohlen 12.00 bis 13.80 S, Extremware 8.00 bis 9.00 S, 1. Qualität 7.30 bis 7.80 S, 2. Qualität 6.80 bis 7.20 S, 3. Qualität 6.40 bis 6.70 S.

Herkunft der Tiere: Wien 4, Niederösterreich 65, Oberösterreich 11, Burgenland 20, Steiermark 11, Kärnten 13, Tirol 2, Salzburg 1.

Auslandsschlachthof: 43 Stück aus Rumänien, Preis 6.- bis 6.80 S, 12 Stück aus der CSR, Preis 6.80 S, 20 Stück aus Ungarn, Preis 6.30 bis 6.70 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für Schlachtpferde um 39 Groschen je Kilogramm, und ermäßigte sich für Schlachtfohlen um 57 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: Schlachtpferde 7.45 S, Schlachtfohlen 12.69 S, Gesamtdurchschnittspreis: Pferd 7.55 S.

- - -

Die Gemeinwirtschaft und ihre Aufgaben
=====

18. März (RK). Die Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft wurde 1952 auf Initiative des Österreichischen Städtebundes als Interessenvertretung für den nichtprivaten Wirtschaftssektor, ähnlich wie der Industriellenverband und derartige Interessenvertretungen außerhalb der Handelskammer, gegründet. Die Gemeinwirtschaft zählt zu ihrem Bereich Unternehmungen des Staates, der Länder und Gemeinden, verstaatlichte Unternehmungen und Genossenschaften, sowie physische Personen, die an der Verbreitung des Gedankens der Gemeinwirtschaft Anteil nehmen.

Als Gemeinwirtschaft ist jener Wirtschaftssektor anzusprechen, dessen Bestreben es ist, ohne Gewinnabsichten bzw. zum Teil als Monopolunternehmungen, aber auch im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft stehend, Gegengewichte gegen das Überwuchern des Gewinnstrebens zu schaffen und im Sinne der Allgemeinheit zum Wohle der gesamten Wirtschaft und damit der gesamten Bevölkerung zu produzieren. Überdies stellt sie dem Bürger im Versorgungs- und Dienstleistungssektor lebenswichtige Güter für Haushalt und Wirtschaft preiswert zur Verfügung; in der Genossenschaft schützt sie den wirtschaftlich Schwächeren vor der Übermacht des Starken.

Die Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft ist politisch neutral. Sie hat es sich im Besonderen zur Aufgabe gemacht, durch Publikationen, Vorträge, Enqueten, Tagungen und Kongresse sowie durch Studien- und Arbeitsausschüsse Gedanken, Wesen und Aufgaben dieses Wirtschaftszweiges an weite Kreise der Bevölkerung heranzutragen. Der Bürger soll als Mit-eigentümer der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen erfüllt werden von der Verantwortlichkeit gegenüber seinem Besitz. Das Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist es, ihn neben dem sozialen und ethischen Wirken der Gemeinwirtschaft von den großen Aufgaben, die die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen zu erfüllen haben, zu überzeugen.

Im Presseclub Concordia fand nun heute nachmittag unter dem Vorsitz von Regierungsrat Czerny eine Pressekonferenz statt, bei der Zweck und Ziele der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft zur Sprache kamen. Der Präsident der Arbeitsgemeinschaft Vizebürgermeister Honay, der städtische Finanzreferent Stadtrat Slavik und der Geschäftsführer Dipl.-Ing. Pröbsting nahmen an der Pressekonferenz teil.

Vizebürgermeister Honay wies darauf hin, daß in der Öffentlichkeit vielfach Mißverständnisse über Zweck und Ziele der Arbeitsgemeinschaft bestehen. Vielfach wird die Meinung vertreten, daß ein Kommunalisierungs- oder Verstaatlichungsdrang besteht, doch liegt der Gemeinwirtschaft nichts ferner, als wahllos zu kommunalisieren oder zu verstaatlichen. Die Arbeitsgemeinschaft will daher die Öffentlichkeit über die Arbeit der Gemeinwirtschaft aufklären.

In Wien sind die gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen schon sehr alt. Sie begannen unter dem christlichsozialen Bürgermeister Dr. Lueger, der harte Kämpfe mit der Privatwirtschaft auszufechten hatte, als deren Effekt die Kommunalisierung der lebenswichtigen Betriebe der Stadt zustande gekommen ist.

Der Vizebürgermeister gab dann einen Überblick über die Kommunalisierung von E-Werk, Gaswerk, Verkehrsbetrieben und Bestattung in Wien und betonte, daß die Gemeinwirtschaft vor allem Wert auf soziale Tarife lege. In den gemeinwirtschaftlichen Betrieben sollen keine Gewinne erzielt werden, sondern der Bevölkerung soll zu dem niedrigsten Preis das geboten werden, worauf sie Anspruch hat.

Stadtrat Slavik referierte sodann über Sinn und Zweck der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden. Die Tätigkeit der kommunalen und verstaatlichten Betriebe geht auf Bestrebungen zurück, die weit in die Vergangenheit hineinreichen. Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde fing eigentlich schon mit dem Waagerecht an. Die Gemeinschaft sorgte dafür, daß richtig gewogen wurde und damit eine Übervorteilung der Bevölkerung durch falsches Gewicht ausgeschaltet war.

Die Aufgaben der Gemeinwirtschaft sind ja nicht eine Erfindung der Gemeinden, sondern wurden an die Gemeinden herangetragen. Die Bundesbahnen sind zum Beispiel in einer Zeit verstaatlicht worden, als bestimmt noch keine sozialen Tendenzen vorhanden waren. Auch die Kommunalisierungen bei der Gemeinde Wien wurden zu einer Zeit durchgeführt, als Konservative und Liberale geherrscht haben. Je mehr sich der Charakter der Wirtschaft vom lokalen zum internationalen und sogar zum übernationalen gewandelt hat, umso mehr ist das Eingreifen der Gemeinwirtschaft notwendig. Die wirtschaftliche Entwicklung stellt immer mehr Aufgaben an die Gemeinschaft. Die Gemeinschaft wird also im Einzelfall überprüfen, ob gemeinwirtschaftliche Aufgaben gemeinsam erfüllt werden müssen, oder von Privaten gelöst werden können.

Der höhere Lebensstandard, den wir durch eine höhere Produktivität erreicht haben, trägt ebenfalls dazu bei, die Aufgaben in der Gemeinwirtschaft zu erweitern. Zum Beispiel wird es nicht mehr allzu lange dauern, bis man an die Gemeinde herantritt, Parkgaragen zu bauen. Stadtrat Slavik betonte, daß sich die Gemeinde durchaus nicht um diese Aufgabe "reisse", und er lade alle privaten Unternehmer ein, Parkgaragen zu errichten.

Ein anderes Beispiel: Der Wohnungsbau lag bis 1914 praktisch nur in der Hand der Privaten. Heute aber finden wir den öffentlichen Wohnungsbau oder den durch die Öffentlichkeit unterstützten Wohnungsbau nicht nur in ganz Europa, sondern auch in Übersee. Die Gemeinde hilft also durch die Übernahme von gemeinwirtschaftlichen Aufgaben mit, die soziale Sicherheit und den Lebensstandard der Bevölkerung aufrecht zu erhalten.

Stadtrat Slavik beschäftigte sich dann mit der Frage, warum die Gemeinde Wien zum Beispiel neben den großen Versorgungsbetrieben auch andere Betriebe unterhält. Der Grund für die Existenz solcher Unternehmungen: Es kommt manchmal leider vor, daß die Gemeinde Wien einem Preisdiktat zum Schaden der Bevölkerung gegenübersteht. In solchen Fällen müsse man sich eben überlegen, ob man sich diesem Preisdiktat fügen wolle, oder ob man einen Konkurrenzbetrieb gründet, der billiger arbeitet. Auch

bei der Gewista zum Beispiel haben wir durchaus einem öffentlichen Interesse zu dienen. Man stelle sich vor, wenn die Plakatierung in den Händen Privater läge. Auf sämtlichen privaten Grundstücken wären Reklame und Plakate zu sehen, nicht gerade immer zur Zierde unserer Stadt.

Die Gemeindē hat auch die Aufgabe, den Fremdenverkehr zu fördern. Zu diesem Zweck müssen wir auch Einrichtungen schaffen wie zum Beispiel das Stadion oder jetzt die Stadthalle. Man kann nicht sagen, der Steuerzahler muß eine Halle zur Durchführung von großen Kongressen und Veranstaltungen errichten, aber dann dürfen nur Veranstaltungen übernommen werden, die keinen Gewinn abwerfen; den müsse man dem privaten Unternehmer überlassen. Wenn wir das Interesse unserer Steuerzahler im Auge haben, dann muß die Stadthalle so wie jeder andere Veranstaltungen durchführen können.

Sinn und Zweck der kommunalen Betriebe ist die Erfüllung von Allgemeinbedürfnissen, die der Einzelne nicht erfüllen kann: Schutz der Bevölkerung vor einer wirtschaftlichen Schädigung, möglichst niedrige Tarife und Verhütung einer Schädigung der Bevölkerung durch Preisabsprachen. Wir müssen auch die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich die Gemeinschaft weiter entwickeln kann, also Aufschließungsarbeiten durchführen, Energie zur Verfügung stellen, Wasser, Kanalisation usw., damit die Ansiedlung von neuen Betrieben möglich und damit die Existenz der Bevölkerung gesichert wird.

Voraussetzung für eine gesunde wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde ist eine strenge Kontrolle, eine sozial vorbildliche Führung der Betriebe und eine rationelle und sparsame Verwaltung.

- - -